



# Protokoll

## Kantonaler Parteitag vom 16. Januar 2014 im Rest. Rössli in Oensingen, Beginn 20.15 – 22.10 Uhr

<b>Stimmberechtigte im Saal:</b>	<b>65, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)</b>
<b>Absolutes Mehr:</b>	<b>34</b>
<b>Gäste:</b>	<b>6</b>
Entschuldigt:	
<b>Geschäftsleitung:</b>	Irene Meier Reber, Rene Umher, Roberto Zanetti, Fränzi Burkhalter-Rohner
<b>Kantonsratsfraktion:</b>	Markus Ammann, Fabian Müller, Peter Schafer, Lu- zia Stocker, Fränzi Burkhalter-Rohner, Simon Bürki
<b>Rechnungsprüfungskommission:</b>	Thomas Marbet, Fatma Tekol, Simon Bürki
<b>Fachausschuss:</b>	Reiner Bernath, Thomas Flückiger
<b>Schiedskommission:</b>	-
<b>StimmzählerInnen:</b>	Erika Gentil, Heiko Schiltsky, Hans Bieri, Urs Huber

## Geschäftsliste

- 1. Eröffnung durch Parteipräsidentin Franziska Roth**
- 2. Wahlen Stimmzähler/innen**
- 3. Genehmigung Geschäftsliste**
- 4. Genehmigung Protokoll vom 24. Oktober 13 in Grenchen**  
**Abstimmungen vom 9. Februar 2014**
- 5. Referate zu den nationalen Vorlagen**
  1. Bundesbeschluss vom 20. Juni 13 über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (direkter Gegenentwurf zu Volksinitiative „Für den öffentlichen Verkehr“)  
**Philipp Hadorn, Nationalrat**
  2. Volksinitiative vom 4. Juli 11 „Abtreibungsinitiative ist Privatsache – Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung“  
**Roberto Zanetti, Ständerat**
  3. Volksinitiative vom 14. Februar 12 „Gegen Masseneinwanderung“  
**Bea Heim, Nationalrätin**
- 6. Kantonale Vorlage - Streitgespräch**

Volksinitiative der SVP „Weniger Steuern für alle“

  - Pro: Christian Imark, Kantonsrat SVP, Fehren
  - Kontra: Susanne Schaffner - Hess, Kantonsrätin SP, Olten
  - Moderation: Marco Jaggi, Regionaljournal AG/SO
  - Diskussion
  - **Parolenfassung**
- 7. Varia**

## 1. Eröffnung des Parteitages

**Franziska Roth** begrüsst Bea Heim, Philipp Hadorn, Roberto Zanetti, Peter Gomm (der etwas später kommt), alle Delegierten, Marco Jaggi (SRF) und Ueli Wild (Zeitung) von der Presse und den Gastreferent Christian Imark, SVP Kantonsrat (anstelle Colette Adam, sie musste sich krankheitshalber entschuldigen lassen) zum Parteitag in Oensingen und übergibt das Wort dem SP Sektionspräsidenten – Guido Glutz.

**Guido Glutz:** Liebe Präsidentin, Liebe Freunde und liebe Gäste. Im Jahre 1900 zählte Oensingen 1'165 Einwohnerinnen und Einwohner, 1960 2'900, 1980 3'597, 1995 4'200, 2000 4'400 und heute 5977. Wie man sieht, die Masseneinwanderung in Oensingen ist demnach ein Thema. Als man früher vom Berg ins Mittelland schaute, sah man noch grüne Flächen rund um Oensingen, die sind mittlerweile mit Flachdächer überbaut - schaute man zur gleichen Zeit an den Berg, war auch der Millionenschuldenhoger noch grün und überall standen Obstbäume. Heute stehen da überall Einfamilienhäuser mit Steinmauern und Thujahecken. In meiner Gemeinderatskarriere hat man nicht selten um einen Baum gekämpft, dabei hatte man zuhause anstelle von Bäumen lediglich Zierrasen und selten eigene Bäume. Die alte, schöne Dorfidylle gibt es in Oensingen mit 6'000 EW nicht mehr. Die Infrastruktur muss angepasst werden. Demnächst muss die Gemeinde den 6. Kindergarten eröffnen und weiteren Schulraum schaffen. Ein weiterer Kindergarten wird bei der neuen Überbauung „Leuenfeld“, mit neu 1'000 EW., eröffnet. Hier wohnen viele zugezogene Menschen aus dem Gäu und Thal, die in der Nähe des Bahnhofs wohnen möchten, pendeln und auf diesem Weg Steuersubstrat in die Gemeinde bringen. SP Gemeinderat Martin Brunner wollte es genau wissen und fand heraus, dass im Leuenfeld auf verhältnismässig kleinem Raum pro Kopf Fr. 4'500.- Steuer-gelder generiert werden und am Berg mit vielen (verschuldeten) EFH unwesentlich mehr. Dies be-



deutet, dass sich für die Gemeinde das verdichtete Wohnen lohnt. Der ehemalige SP Gemeindepräsident (2001 – 2009) Ruedi Burri hat als Initiator diese Entwicklung gezündet, konnte jedoch, infolge verzögerter Steuereinnahmen, davon als GP nicht mehr profitieren. Man liess Burri als GP und einem Steuer-

fuss von 95% fallen und wählte ihn ab – heute hat die Gemeinde einen Steuerfuss von 107%. Auch bei der ehemaligen Giesserei „Druag“ und im Leuenpark, auch eine Idee der SP, wird heute Wohnraum geschaffen. Dies sind alles Projekte aus „sozialistischen“ Zeiten in Oensingen, die sich heute als richtig und wichtig erweisen, die SP davon aber leider nicht profitieren konnte. Unter dem Motto Jung und Alt, wurde Wohnraum für alle geschaffen, wie auch im neuen „Roggenpark“. In der Zwischenzeit hat Oensingen für seine 3'200 Meter Ortslänge auch einen Bus. Damit sind viele Quartiere mit dem öffentliche Verkehr erschlossen und die Anbindung an den Bahnhof um ein Vielfaches attraktiver. Für den Namen des Buses wurde damals einen Wettbewerb lanciert. Ich habe vorgeschlagen man möge ihn „Bächibus“ oder „Luftibus“ nennen. Nun wurde ihm aber den Namen „Önsingerli“ gegeben. Für die Gemeinde entstanden damit Kosten in der Höhe von Fr. 180'000.- Der Dorfbus bringt nun auch wieder Menschen ins Dorf die nicht mehr gut zu Fuss unterwegs sind, oder einfach das Auto zu hause lassen wollen. Neu soll in Oensingen auch Tempo 30 eingeführt werden. Im Grunde genommen ist dies eine gute Sache, aber das ganze drum herum mit allen Inseli, Randsteinen, Hürden und weiteren Vergoldungen kostet sage und schreibe 1 Million Franken. Die Gemeinde will ja, zumindest gemäss Zeitungsartikel, das Parkraumkonzept umsetzen. Ich frage jedes Mal an der Gemeindeversammlung wann dies wohl geschehe. Wie und wann es in dieser Sache weiter geht, weiss man nicht. Das Thema wird nun bereits vier Jahre bearbeitet, aber geschehen ist noch nichts.

Ich wünsche Euch einen schönen Parteiabend.

Applaus.

Franziska Roth bedankt sich bei Guido Glutz für die humorvolle Begrüssungsrede.

**Franziska Roth, Parteipräsidentin:** (Eröffnungsrede) Wir haben, wie das alle Schulen machen, Schulhausregeln. Eine der Regeln ist dass wir einander grüssen und uns die Hand geben, wenn wir ins Schulzimmer kommen oder im Gang darf es auch schon mal ein Handzeichen, wein Winken oder ein Give-me 5 sein. Einer von meiner früheren 1. Klässlern nahm das täglich zum Anlass, mich auf die Probe zu stellen, grüsste schon von weitem, rief über den Pausenplatz ein lautes Hallo oder winkte wie wild während der Pause vor dem Lehrerzimmerfenster, das einen halben Stock unter dem Parterre liegt und somit er von oben herab uns zusehen konnte. Einmal, als ich just vor dem Unterricht durch den gang lief, kam er, rannte von hinten an mir vorbei, gab mir einen Klapps auf den Po rannt weiter und rief „Sali frou Roth“. Hey rief ich stop mal junger Mann, das mit dem Grüssen ist ja toll, aber wir geben uns die Hand oder machen ein anderes Zeichen. Aber einen Klapps auf den Hintern, das geht nicht! Klar? Jo sagte der Kleine. Doch unmittelbar nach der Pause an diesem Tag, kam der Held wider von hinten, rannte an mir vorbei und hopp ein zweiter Klapps auf meinen Po folgte und er rannte weiter. Stopp rief ich, er wollte nicht halten, zum Glück war der Gang nicht so lang und er in der Sackgasse. Ich holte ihn also dank Mithilfe der Wand ein. Hielt ihn dann an den Armen schaute ihm ins Gesicht und sagte. So geht das nicht, wenn du unbedingt mit Wucht grüssen willst, dann kannst du Anlauf nehmen und mich

mit einem Schlag auf die Hand begrüßen. Aber auf den Po das geht nicht! Da schaute mich der Kleine an und sagte: Hm aber du muesch bitte säge! Ich musste mein inneres Lachen verkneifen, hörte ich doch den mir bestens bekannten Papa heraus. Ich sagte Ok, wenn ich bitte sage, dann hörst du aber mit Klapsen auf! Darauf der Kleine JO versproche! Ich sagte also, Bitte XY gib mir zur Begrüssung die Hand! Da sagte der Kleine: Gsehsch es geit jo! Ich sagte dann mit Mühe ohne Schmunzeln: Sag jetzt, was hätte das sein sollen, du weißt doch genau wie wir uns begrüßen und was Anstand ist: da sagte der Knirps: Ig ha nume wöue luege ob du wach bisch!

Liebe Genossinnen und Genossen! „Luege ob öpper wach isch,“ ist nicht das Dummste, wenn man von ihm oder ihr erwartet, dass sie einem Führen und einem fördern! Und wenn dabei auch etwas unkonventionelle Methoden angewandt werden, so kann das sehr wohl Anlass für ein gutes Gespräch, eine



hervorragende Arbeit oder eine neue Idee die Berge versetzen kann bedeuten. „Luege ob öpper wach isch!“ Ist insbesondere in der Politik eine hervorragende Aktion um Themen auf das Tapet zu bringen, um träumende Gesellschaftsromantiker zu wecken, oder um vor den schlafenden Hunden den Zugang zum Haus der Solidarität und Gerechtigkeit frei zu machen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, mit Politik meine ich die Amtsträger aller Farben in Kommissionen, Legislativen und Exekutiven. Ich meine damit Aktionen in Form von Motionen und Aufträgen, von Interpellationen und auch von Initiativen! Das ist in unserer direkten Demokratie hervorragend möglich! Die direkte Mitsprache der Stimmbürger ist der Punkt, der uns mit der Schweizer Demokratie identifiziert und als solcher unantastbar. Mit solchen „Hallo, bisch wach Aktionen“ kann man wecken! Kann man Parlamente, Regierungsräte oder den Bundesrat wachrütteln!

Doch wecken heisst am Baum rütteln auf dem der oder die Schlafende ruht und nicht gleich den Ast absägen, auf dem er oder sie mit mir sitzt!

So war ich doch erstaunt, was einige Politiker unter „den Bundesrat wecken“ verstehen. So auch über einem Genossen, von Ruedi Strahm den ich sonst wirklich in Sachen Bildungspolitik und Sozialpolitik sehr schätze. Sein Plädoyer

## Kantonaler Parteitag, 16. Januar 2014

in der Zeitung Schweiz am Sonntag für ein linkes JA zur SVP Masseneinwanderungsinitiative: Der Bundesrat brauche einen Weckruf, damit er sich für mehr sozialen, bildungspolitischen und wohnbaupolitischen Flankenschutz für die hiesige Bevölkerung einsetze! finde ich schlicht und einfach gefährlich und solche Aufrufe, bei Volksabstimmungen dem Bundesrat eins „ans Bein zu gingen“ um ihn zu wecken ist keine nachhaltige Politik, ist schlussendlich das Sagen am eigenen Ast, denn der Bundesrat sitzt in der Schweiz beim Volk! Das Volk hat bei uns das letzte Wort und wenn immer sollte es mit seinem Wort das sagen, was es auch in Zukunft will. Wir haben in der Vergangenheit zur Genüge erlebt, was solche „Ginge“ ans bundesrätliche Bein beinhalten: Seit ihrer Einführung 1891 sind auf nationaler Ebene bis September 13 185 Volksinitiativen zur Abstimmung gekommen, 20 wurden angenommen – über 7 davon allerdings allein in den letzten 10 Jahren. Der staatskundliche Lehrsatz, der mich in der Staatskunde noch gelehrt hat, dass Volksinitiativen in aller Regel nur wenig Einfluss auf die Rechtsetzung haben, weicht sich zusehends auf. Es



mehren sich «überraschende» Ja-Mehrheiten für Volksinitiativen. Man kann schon fast von einem Trend hin zur «Stimmungsdemokratie» reden. Jüngere Beispiele sind etwa das Minarettverbot, die Ausschaffungsinitiative. Zweifels ohne kamen diese nur auch mit Linken Stimmen durch, mit Stimmen wie: es isch Zyt für nes Zeiche, merksch du Roti Roth das de nid! die mir persönlich in mein Ohr geflüstert wurden und die heute sagen es hat nichts gebracht! Das führt dazu, dass Indirekte Gegenvorschläge oder direkte Gegenentwürfe zur Regel werden oder gar beides zusammen, wie eben bei der «Abzocken»-Initiative grotesk vorexerziert wurde. Bundesrat und Parlament werden so mehr und mehr zu Getriebenen der Direktdemokratie. Das animiert die Parteien dazu, die Volksrechte für ihren Wähleranteil zu instrumentalisieren. Es kann sogar so ad absurdum geführt werden, dass Parteien plötzlich mit einem Referendum oder einem Gegenvorschlag gegen ihr ursprüngliches Begehren kämpfen. Das ist gefährlich! Wir müssen Sorge tragen, zu unserer Direkten Demokratie und sie einerseits ernst nehmen und andererseits so einfach wie sie gedacht ist auch leben! Direkte Demokratie ist mehr wert als ein Weckruf!

## Kantonaler Parteitag, 16. Januar 2014

Direkte Demokratie muss den Charakter eines Alpsegens einem Sennen-Ave haben. Oder einfacher gesagt, eine Volksabstimmung sollte nie kurzfristige und somit wirkungsarme Provokation sein!

Liebe Genossinnen und Genossen, der kleine Erstklässler hat wissen wollen, ob ich noch schlafe! Sein Weckversuch, seine Tuchföhlung mit der Lehrerin war witzig und gemeinsam haben wir noch herrliche Momente erlebt!

Aber am 9. Februar, liebe Genossinnen und Genossen geht es um mehr als um eine Schelmentat, um mehr als um ein Tuchföhlen mit unseren Bundesräten! Am 9. Februar geht es um unsere Soziale Sicherheit und die verteidigt man nicht mit einer Volkes- Ohrfeige an den Bundesrat! Die Gratwanderung über eidgenössischen Strategien in EU Fragen und innerpolitischen Sozialer und Wirtschaftlicher Sicherheit hat so breit zu sein, dass ein Weckruf nicht gleich die Wandernden abstürzen lässt!

Will man die Funktionstüchtigkeit der Direktdemokratie auf Dauer erhalten, ist mehr Sorgfalt erforderlich. Der Blick aufs Ganze ist gefragt. Es ist zu akzeptieren, dass die Schweiz nicht das Zentrum der Welt ist, aber mit einer seriösen und nachhaltigen direkten Demokratie ein selbstbewusster UND verlässlicher Partner bei Aussenpolitischen Fragen ist. Ich freue mich auf unsere Debatten heute zu insgesamt 3 Volksinitiativen und hoffe für unsere Schweiz auf eine nachhaltige angstfreie und selbstbewusste Abstimmung.

Der Parteitag ist eröffnet. Applaus.

### **2. Bestellung der Stimmenzähler/innen**

Als Stimmenzähler/in sind vorgeschlagen:

Hans Bieri, Heiko Schiltsky, Erika Gentil, Urs Huber

**Beschluss: Die Stimmenzähler/innen werden einstimmig gewählt.**

Applaus.

### **3. Genehmigung der Geschäftsliste**

Franziska Roth stellt die rechtzeitig zugestellte Geschäftsliste zur Diskussion.  
(Keine Wortbegehren)

**Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung**

**Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig die Geschäftsliste für den Parteitag vom 16. Januar 2014**

#### 4. **Genehmigung Protokoll vom 24. Oktober 2013 in Grenchen**

Franziska Roth stellt das Protokoll zur Diskussion. (Keine Wortbegehren)

**Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung**

**Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig das Protokoll des Parteitages vom 24. Oktober 2013 in Grenchen.**

#### 5. **Referate zu den nationale Vorlagen**

1. Bundesbeschluss vom 20. Juni 13 über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (direkter Gegenentwurf zu Volksinitiative „Für den öffentlichen Verkehr“)

**Philipp Hadorn, Nationalrat**

2. Volksinitiative vom 4. Juli 11 „Abtreibungsinitiative ist Privatsache – Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung“

**Roberto Zanetti, Ständerat**

3. Volksinitiative vom 14. Februar 12 „Gegen Masseneinwanderung“

**Bea Heim, Nationalrätin**

---

Franziska Roth erteilt Nationalrat Philipp Hadorn für das Referat zur 1. Vorlage das Wort.

1. Bundesbeschluss vom 20. Juni 13 über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (direkter Gegenentwurf zu Volksinitiative „Für den öffentlichen Verkehr“)

**Philipp Hadorn (SP Nationalrat, Gerlafingen)**

Geschätzte Genossinnen und Genossen, geschätzte Anwesende. Was will FABI? FABI sichert das nötige Geld für Unterhalt, Betrieb und Ausbau des öV, bringt mehr Platz und Angebotsverbesserungen in allen Regionen, sichert und schafft Arbeitsplätze, fördert das Wirtschaftswachstum und sorgt für mehr Sicherheit. Es geht um viel Geld bei dieser Vorlage, die Umfragewerte sind zwar gut, aber die Befürworter/innen müssen trotzdem wach sein und dafür sorgen, dass es am 9. Februar ein klares JA gibt. Es handelt sich um eine Finanzierungsvorlage.

Diese beinhaltet verschiedene Gefässe:

**1. Den Bahninfrastrukturfonds (BIF)**

**2. Das strategische Entwicklungsprogramm (STEP)**

Der **Bahninfrastrukturfonds** wird von verschiedenen Seiten gespiesen: LSVA, MwSt, Mineralölsteuer, allg. Bundesmittel und neu mit einem befristeten MwSt-Promille, einem Kantonsbeitrag und durch einen maximalen Fahrkostenabzug

(Bundessteuer). Mit diesen Einnahmen werden bezahlt: den Infrastrukturbetrieb, den Substanzerhalt, den Ausbau, die Rückzahlung von Bevorschussung und Zinsen. Am meisten umstritten ist der viel diskutierte Pendlerabzug, der bei den Bundessteuern neu auf Fr. 3'000.- begrenzt werden soll. Beim Pendlerabzug gab es in der Vergangenheit verschiedentliche Exzesse (bis Fr. 70'000.- Abzüge pro Person). Diese möchte man damit eliminieren und für alle gleich lange Spiesse schaffen.

Mit dem strategischen Entwicklungsprogramm sollen bis 2050 rund 42 Mrd. Franken in den Ausbau und die Weiterentwicklung des Eisenbahnnetzes investiert werden, sowie in Projekte in allen Regionen der Schweiz, ausgewählt an Hand der Kriterien:

- Weiterführung des Knotenprinzips
- Erhöhung der Kapazität

Die Region Solothurn profitiert vom **STEP** Ausbauschnitt 2025 mit dem Kapazitätsausbau der RPV-Strecke Bern-Solothurn. Diese ermöglicht eine Entlastung der zwischen Bern und Solothurn verkehrenden Zügen und ermöglicht vorbereitende Studien für den 3. Juradurchstich. Beim **ZEB**-System profitiert der Jurasüdfuss mit einer Leistungssteigerung zwischen Lausanne-Biel und Olten, mit dem Eppenbergtunnel zwischen Olten und Aarau und einer Leistungssteigerung zwischen Basel und Olten. Weitere Verbesserungen (bereits ausgeführt) zwischen Bern-Solothurn mit Doppelspurabschnitte für Viertelstundentakte, zwischen Olten-Aarau (Kapazitätssteigerung), Oensingen-Luterbach-Atisholz (Überholgeleis), die Verlängerung von Niederbipp nach Oensingen (asm), die Verschiebung des Bahnhofs Bellach und die neue Haltestelle Solothurn Allmend. FABI ist aufgeteilt in Projekte mit unterschiedlichen Prioritäten. Von den Projekten der 1. und 2. Dringlichkeitsstufe profitiert wiederum auch unsere Region:

- Rapperswil-Altstetten (Kapazitätssteigerung) und Wanzwil-Solothurn (Kapazitätssteigerung: ermöglichen einen Angebotsausbau und eine Fahrzeitverkürzung zwischen Solothurn und Zürich)
- 3. Juradurchstich inkl. Enflechtung im Raum Olten (Vorbereitende Planungsarbeiten sind gem. Parlamentsentscheid bis 2030 zu realisieren).



- Ausbaumassnahmen Laufental: ermöglicht Angebotsverbesserungen im Laufental (1. Dringlichkeitsstufe)

Allgemein muss festgehalten werden, dass mit FABI zwar nicht in den Strassenbau investiert wird, aber die Investitionen schaffen auf den Strassen Platz, denn ein wichtiges Ziel ist, mehr Personen auf den öffentlichen Verkehr zu leiten. FABI **schafft Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum**, denn die Bedeutung der gesamten Wertschöpfungskette des öffentlichen Verkehrs – von der Produktion bis hin zur eigentlichen Transportleistung – ist gross. Und der öV generiert eine direkte Wertschöpfung von rund 10,4 Milliarden Franken und beschäftigt gegen 100'000 Arbeitnehmende. Der **öV garantiert faire Arbeitsbedingungen**. Als Gewerkschafter ist mir dies ein wichtiges Anliegen. FABI sichert indirekt Arbeitsplätze im öffentlichen Verkehr, im Bau und Unterhalt, im Betrieb und in der Planung. Dank gut ausgestalteten Gesamtarbeitsverträgen bieten die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs auch anständige Arbeitsbedingungen.

Es braucht ein JA zu FABI am 9. Februar. Ich bitte alle auch im privaten Umfeld für die Vorlage einzustehen und diese von der Notwendigkeit der Investitionen zu überzeugen. Es gilt jetzt in den verbleibenden Wochen auf die Polemik der Gegner nicht einzusteigen und alle Vorzüge der ausgeglichenen Finanzierung zu betonen. FABI trägt auch dazu bei, einen Teil der Verkehrsprobleme zu lösen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Applaus

---

Franziska Roth erteilt Ständerat Roberto Zanetti für das Referat zur 2. Vorlage das Wort.

*2. Volksinitiative vom 4. Juli 11 „Abtreibungsinitiative ist Privatsache – Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung“*

### **Roberto Zanetti (SP Ständerat, Gerlafingen)**

Liebe Genossinnen und Genossen. Die erste Frage die mir heute hier im Saal gestellt wurde ist die, warum ich diese Vorlage vorstelle und dazu Stellung beziehe. Es gibt zwei einfache Gründe, 1. wenn es um Fragen zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs geht, ist der Präsident der NEAT Aufsichtskommission dafür die berufenere Person und 2. wenn es um die Masseneinwanderung geht, ist Bea Heim, Mitglied der vorbereitenden staatspolitischen Kommission ebenfalls berufenere als ich. Auch bei der dritten Vorlage geht es um Finanzen, aber insbesondere um Solidarität – dazu fühle ich mich berufen.

Wenn man den Titel der Initiative liest, stellt man fest, dass es um Kosten geht, also um eine Sparmassnahme. Im Abstimmungsbüchlein kann nachgelesen werden, dass es um 0,03% der Gesamtkosten bei den Gesundheitskosten geht. Auf Personen und Monat ausgerechnet macht die 6-9 Rappen, die im Fall einer Annahme der Initiative gespart werden könnten oder pro Jahr ca. 100 Rappen. Kleinvieh macht ja auch Mist, aber bei dieser Initiative geht es vor allem nur noch um Mist. Hier von Sparen zu sprechen ist Quatsch. Den Initianten geht es um einen Angriff auf die Fristenlösung (Annahme durch Volk

im Jahr 2002 mit 72% JA Stimmen). Wenn Personen aus ethischen und moralischen Gründen einen Schwangerschaftsabbruch nicht befürworten können, ist das ihr gutes Recht und ich habe auch Verständnis dafür. Aber dann soll man dies auch entsprechend deklarieren und nicht von einer Sparmassnahme sprechen. Und wenn man von sparen spricht, dann wäre dies auf Kosten



der am stärksten benachteiligten Menschen.

Es geht aber insbesondere um Solidarität. Als Ständerat weiss ich, dass es Bereiche gibt die in den Kantonen unterschiedlich geregelt sind. Auch wenn ich nicht der Fachmann bin, aber für den Kanton Solothurn gilt zumindest der Tatbestand, dass bei Schwangerschaften auch Männer gelegentlich beteiligt sind. Sollte diese Vorlage angenommen werden, würde dies bedeuten, dass die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch in Zukunft einzig und allein die Frauen zu tragen haben. Dies wäre im höchsten Mass unsolidarisch und sprengt das Grundprinzip der obligatorischen Grundversicherung, nämlich die Solidarität zwischen alt und jung, dick und dünn, krank und gesund usw. Irgendwann käme der Tag an dem sich Nichtraucher nicht mehr an den Kosten der Raucher beteiligen, oder einen Patienten mit Nierenstein dessen

Kosten nicht mehr bezahlt bekäme, weil er vermutlich in seinem Leben zu wenig getrunken hat, alle Sportlerinnen und Sportler wären dann selbst Schuld, dass ihre Gelenke kaputt sind, die Magersüchtigen würde man ausschliessen usw. usw. Diese Initiative würde der erste grosse Einbruch in der Solidarität bedeuten und verdient daher ein wuchtiges NEIN. Der Nationalrat hat die Initiative mit 153 : 35 Stimmen abgelehnt und der Ständerat mit 37 : 5.

Ich ermuntere euch diese abzulehnen, sie ist

1. keine Sparmassnahme
2. sprengt die Solidarität unter den Versicherten
3. und widerspricht der politischen Redlichkeit

Applaus

Franziska Roth erteilt Nationalrätin Bea Heim für das Referat zur 3. Vorlage das Wort.

3. Volksinitiative vom 14. Februar 12 „Gegen Masseneinwanderung“

### **Bea Heim (SP Nationalrat, Starrkirch-Wil)**

Liebe Genossinnen und Genossen. Franziska Roth hat vorhin davon gesprochen, man müsse die Menschen ab und zu mal wecken – es brauche Weckrufe. Den erwähnten Bericht von Rudolf Strahm war aus meiner Sicht interessant, aber seinen Schluss daraus, deshalb ein linkes JA zur Masseneinwanderungsinitiative einzulegen, teile auch ich nicht, dies wäre verheerend. Warum? Gerne möchte ich euch dies darlegen.

Es ist eigenartig, dass ausgerechnet die Partei, die am Staat keinen guten Faden lässt, jetzt nach ihm ruft, Kontingente und Regulierungen für Zuwanderer fordert und dafür sorgen soll, dass Schweizerinnen und Schweizer auf dem Stellenmarkt bevorzugt werden. Mit dieser Abschottungsinitiative werden die Beziehungen zur EU fahrlässig aufs Spiel gesetzt, auch deshalb muss sie abgelehnt werden. Die SP, die meisten anderen Parteien, die Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände bekämpfen die Initiative, warum? Sie ist fremdenfeindlich, bekämpft den Wohlstand und unsere Arbeitsplätze. Die SP und die Gewerkschaften haben die Personenfreizügigkeit immer unter einer Bedingung befürwortet, dass flankierende Massnahmen den Schutz anständiger Löhne sichern. Die Initianten wollen nun eben gerade dieses Herzstück der bilateralen Verträge, die flankierenden Massnahmen, abschaffen. Diese sind ihnen ein Dorn im Auge und wollen die Sozialpartnerschaft schwächen. Die Folgen davon sind allen klar: Lohndumping und Schwarzarbeit. Sie behaupten die Schweiz werde von Zuwanderer überrannt und möchten anstelle der Personenfreizügigkeit wieder zurück zur alten Kontingentbürokratie. Ihr mögt euch sicherlich erinnern, die Kontingente hatte die Schweiz schon einmal und bescherte ihr nicht weniger Einwanderer als heute. In Zahlen: 2013 sind 80'000 Personen in die Schweiz eingewandert und zu den Zeiten der Kontingentierung bis gegen 140'000 – 200'000 Personen



pro Jahr. Es sind also weit mehr Menschen gekommen als heute. Es darf behauptet werden, die Initiative sei eine Mogelpackung! Eine Form der Kontingenzierung war das sog. Saisonier-Statut. Dieses war diskriminierend und gewährte den Arbeitenden keine Rechte. Es war die Zeit der Barackenschweiz und der versteckten Kinder. Die SVP möchte offenbar zurück und wieder Menschen zweiter Klasse schaffen. Dies gilt es ein zweites Mal zu verhindern.

Die Initiative geht übrigens viel weiter als das frühere System mit der Kontingenzierung. Damals gab man auf dem Arbeitsmarkt den Inländer/innen den Vorrang, die auf dem Tisch liegende Vorlage möchte diesen Vorrang explizit Schweizer/innen gewähren. Dies würde bedeuten, dass alle Menschen ohne CH-Pass das Recht auf eine Arbeitsstelle verwehrt bleiben würde. Somit auch der Familiennachzug, das Recht auf Sozialleistungen usw. selbst wenn sie hierzu Lande geboren und aufgewachsen sind. Dies kommt einer Entrechtung unserer Kolleginnen und Kollegen mit ausländischem Pass gleich. Die Initiative will zudem die Grenzen für Asylsuchende quasi dicht machen, denn in den Kontingenten integriert sind Arbeitskräfte und Asylsuchende. Jetzt kann man sich gar nicht vorstellen was passiert wenn infolge eines Konfliktes eine Flüchtlingswelle auf die Schweiz und andere Länder zukommt, diese aber infolge der Kontingenzausschöpfung nicht aufgenommen werden können. Somit würden Arbeitskräfte und Asylsuchende gegeneinander ausgespielt, was dem Anfang vom Ende der Schweizerischen humanitären Tradition gleichkäme. Die Initiative vermischt Asyl- mit Arbeitsmarktpolitik und steht im Widerspruch zur europäischen Menschenrechtskonvention. Eine Ausländerpolitik in dieser extremen Form hat es in der Schweiz noch nie gegeben.

Aber, wir dürfen die Augen nicht verschliessen. Die Zuwanderung löst in der Bevölkerung Ängste aus, die ernst genommen werden müssen. Der Bundesrat wiederholt immer wieder, es gäbe keinen Verdrängungskampf. Die Menschen in den Grenzregionen erleben dies jedoch anders. Die SP weist schon lange darauf hin, dass die Kontrollen in diesen Kantonen verschärfen und Busen verhängen müssen. Diese müssen ihre Verantwortung besser wahrnehmen. Vor diesen Problemen dürfen wir uns nicht verschliessen, liebe Genossinnen und Genossen. Aber für die radikale Rechte ist es typisch, treten Probleme auf, sind die Ausländer daran schuld: bei der Zersiedelung, Energie, Verkehr, Bildung, Mieten und überall. Das sind Probleme die gelöst werden müssen. Geht es aber um die Problemlösung, ist die SVP nicht dabei, so geschehen beim neuen, vom Volk angenommenen Raumplanungsgesetz. Sämtliche Ansätze die der Problemlösung dienen sollten, lehnt die SVP ab. Der Verdacht, die SVP bewirtschaftete Probleme und will sie gar nicht lösen, erhärtet sich immer mehr.

Nach 12 Jahren Personenfreizügigkeit steht die Schweiz in Sachen Arbeitslosigkeit (3%) sehr gut da im europäischen Vergleich. Die Zuwanderung hat zu keiner Erhöhung der Arbeitslosigkeit geführt. Aber in Regionen wo die Kontrollen nur ungenügend oder gar nicht funktionieren, besteht Handlungsbedarf. Insgesamt wurden in der Schweiz in dieser Zeit 600'000 neue Arbeitsplätze für Zugewanderte und Einheimische entstanden. Fakt ist auch, dass Bau- und Landwirtschaft, aber auch das Gesundheitswesen und der Tourismus ohne die Zuwanderung gar nicht funktionieren würden. Selbst in den Sozialwerken ist

die Bilanz positiv. Jährlich fliessen 3 Milliarden Franken, auch dank der Zuwanderung, mehr Gelder in die Kassen, als raus gehen. Als Massnahme gegen Zuwiderhandlungen fordert die SP griffigere flankierende Massnahmen und die Solidarhaftung, aber immer gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien.

Die Folgen einer erneuten Kontingentierung wären ein riesiger Bürokratieaufwand. Für jede neue Stelle bräuchte es eine Bewilligung und den Nachweis, dass die Suche auf dem „Schweizer“ Arbeitsmarkt erfolglos war. Im Falle einer Annahme der Initiative müsste die Schweiz bei der EU anklopfen und versuchen mit ihr in Verhandlungen zu treten. Es käme eine lange Phase der Ungewissheit und Verunsicherung auf uns zu. Die EU ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz und diese würde zur Bittstellerin. Die Wirtschaft hätte massive Einbrüche zu befürchten und zudem bestünde eine erhebliche Gefahr, dass seitens der EU auch andere Abkommen in Frage gestellt würden, wie zB. das Schengen-Dublin Abkommen. Das Recht auf Rückführung in ihre Herkunftsländer von unrechtmässig anwesender Asylsuchender, würde aufgehoben und die Schweiz verkäme im Gegensatz zur EU, zu einem Land mit einem Asylmagnet. Diesbezüglich ist die Initiative für die SVP ein Eigengoal.

Was soll gegen die Ängste unternommen werden? Ausbau der flankierenden Massnahmen, schärfere Kontrollen, konsequente Bussen, allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge, Einführung des Mindestlohnes, konsequente Durchsetzung der Solidarhaftung, die Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit und es braucht mehr Investitionen in die Ausbildung der eigenen Menschen. Heute lassen wir das Ausland für die Ausbildung der Arbeitskräfte die wir benötigen zahlen. Dies hat zwar für die Schweiz einen Spareffekt, aber die Einwanderung wird gleichzeitig angekurbelt. Langfristig ist dies ein Fehler wirkt sich konterproduktiv aus. Es braucht eine Fachkräftestrategie und mehr Plätze in Krippen und Tageschulen. Die Initiative löst kein einziges Problem, schafft aber viele neue, deshalb braucht es am 9. Februar ein klares NEIN!

Applaus

Alle Referenten erhalten als Dankeschön eine Flasche Wein. Franziska Roth bedankt sich für die Referate.

---

## **6. Kantonale Vorlage - Streitgespräch**

Volksinitiative der SVP „Weniger Steuern für alle“

- Pro: Colette Adam, Kantonsrätin SVP, Derendingen
- Kontra: Susanne Schaffner - Hess, Kantonsrätin SP, Olten
- Moderation: Marco Jaggi, Regionaljournal AG/SO
- Diskussion
- Parolenfassung

Franziska Roth bittet den Moderator, Marco Jaggi vom Regionaljournal, Kantonsrätin Susanne Schaffner (Kontra) und Kantonsrat Christian Imark (Pro) auf das Podium. Christian Imark ist für die erkrankte Colette Adam kurzfristig eingesprungen.

**Marco Jaggi** Wir drei haben uns darüber geeinigt, dass 30 Minuten für das Streitgespräch reichen sollten und dann noch etwas Zeit für Fragen an die beiden Spitzenpolitiker zur Verfügung steht. Es stehen sich nämlich der ehemalige Kantonsratspräsident aus dem Jahr 2012 Christian Imark und die ehemalige Kantonsratspräsidentin aus dem Jahr 2013 Susanne Schaffner gegenüber. Es geht also um die Steuerrabattinitiative der SVP die weniger Steuern für alle verspricht. Konkret hiesse dies, wer bis zu Fr. 75'000.- verdient bekäme einen Rabatt von 15%, zwischen Fr. 75'000.- und 125'000.- 10 und 15% und ab 125'000.- wäre der Rabatt noch 10%. Bevor wir konkret zur Initiative sprechen wollen, warum sind die Zahlen des Kantons rot und warum sind finanziell an diesem Punkt angelangt. Der Kanton hat ein Budgetdefizit von 110 Millionen Franken, dieses könnte noch steigen nachdem die Nationalbank soeben bekannt gegeben, dass die Kantone in diesem Jahr kein Geld bekommen, das Eigenkapital schmilzt wie der Schneemann in Ibiza. Christian Imark und Susanne Schaffner, was ist passiert, warum sind wir finanziell heute da wo wir sind? **Imark:** Guten Abend miteinander, ich freue mich dass ich heute zum ersten Mal an einer SP Versammlung sein kann und im Streitgespräch gegen Susanne Schaffner unsere Initiative vertreten darf. Zur Frage, der Grund ist einfach, der Kanton gibt 650 Millionen Franken pro Jahr mehr aus als vor 10 Jahren. In der Rechnung des Kantons im Jahr 2004 schlugen 1'342 Millionen Franken zu Buche. Heute, 10 Jahre später beziffern sich die Ausgaben auf sage und schreibe 1'987 Millionen Franken. In einer Zeit mit 5% Teuerung ist dies eine Kostensteigerung von 50%. **Schaffner:** ich begrüsse auch alle recht herzlich und ich freue mich ebenfalls auf die Diskussion. Die Lösungen und Gründe sind nicht immer so einfach wie es von der SVP her tönt. Christian hat nur die Ausgaben als Gründe für die roten Zahlen erwähnt und die Einnahmenseite gänzlich weggelassen. In einer Erfolgsrechnung stehen sich ja immer Ausgaben und Einnahmen gegenüber. Es ist richtig, dass es in



der erwähnten Zeit einen Anstieg bei den Ausgaben gab. Warum, die Kostensteigerungen kann man erklären. Diese entstanden bei der öffentlichen Sicherheit, in der Bildung, in der Gesundheit und zu einem kleineren Teil auch bei der sozialen Wohlfarth. Die öffentliche Sicherheit ist in letzter Zeit immer wichtiger geworden, so haben wir das Polizeikorps erhöht, haben Massnahmenvollzug Kosten der Gemeinden übernommen, in der Bildung sind die Kosten für ausserkantonale Schulgelder massiv gestiegen, ebenso die Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen und im Sonderschulbereich hat der Bund im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich ganz viele Kosten auf die Kantone abgelastet. Ebenso bekannt sind die Kosten im Gesundheitsbereich. Auf der anderen Seite ist die Einnahmenseite. In den vergangenen Jahren wurden die Steuern zum Teil massiv gesenkt (2008/2011), es gibt kein Geld mehr von der Nationalbank, es gab einen Rückgang bei der Konjunktur...**Jaggi**, die wichtigsten Gründe sind wohl damit gesagt, die Frage war, wie ist es zur heutigen Finanzsituation gekommen...**Imark**, da muss ich schon noch etwas dazu sagen, vieles war ja richtig was Susanne gesagt hat, aber Fakt ist, dass wir trotz all diese Mindereinnahmen 25% mehr Einnahmen haben als vor 10 Jahren. 2010 haben wir den Steuersatz um 4% Punkte gesenkt, mittlerweile wurde dieser wieder auf 102% angehoben. Im März kommt der Massnahmenplan in den Kantonsrat, dann dürften es wieder 104% werden... **Jaggi**, gut, dies war ja nur die Einleitung, aber den Finanzen geht es immer noch schlecht, diesbezüglich ist man sich wohl einig. Aber jetzt kommt die SVP und will in einer solchen Zeit noch die Steuern senken. Gibt es noch einen falscheren Zeitpunkt? **Imark**, das ist eine gute und berechtigte Frage. Ich bin ganz ehrlich, als wir die Initiative lancierten, stand der Kanton Solothurn finanziell anders da. Aber für die SVP steht nicht im Vordergrund, ob jetzt im Moment die Finanzen gut oder schlecht sind, sondern für uns ist wichtig....**Schaffner**, also ich will hier unterbrechen. Wir wissen alle seit dem Jahr 2007 dass wir heute Defizite schreiben werden. Diese Mehrausgaben waren schon lange bekannt und wirken sich jetzt aus. Zum Zeitpunkt, als die SVP Unterschriften gesammelt hat, war bekannt dass wir heute Defizite haben werden. **Imark**, jetzt kann ich fertig reden. Es soll ja eben am 9. Februar zu einem Grundsatz- und Richtungsentscheid kommen. Bei all den erwähnten Mehrausnahmen, die Susanne erwähnt hat,



der erwähnten Zeit einen Anstieg bei den Ausgaben gab. Warum, die Kostensteigerungen kann man erklären. Diese entstanden bei der öffentlichen Sicherheit, in der Bildung, in der Gesundheit und zu einem kleineren Teil auch bei der sozialen Wohlfarth. Die öffentliche Sicherheit ist in letzter Zeit immer wichtiger geworden, so haben wir das Polizeikorps erhöht, haben Massnahmenvollzug Kosten der Gemeinden übernommen, in der Bildung sind die Kosten für ausserkantonale Schulgelder massiv gestiegen, ebenso die Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen und im Sonderschulbereich hat der Bund im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich ganz viele Kosten auf die Kantone abgelastet. Ebenso bekannt sind die Kosten im Gesundheitsbereich. Auf der anderen Seite ist die Einnahmenseite. In den vergangenen Jahren wurden die Steuern zum Teil massiv gesenkt (2008/2011), es gibt kein Geld mehr von der Nationalbank, es gab einen Rückgang bei der Konjunktur...**Jaggi**, die wichtigsten Gründe sind wohl damit gesagt, die Frage war, wie ist es zur heutigen Finanzsituation gekommen...**Imark**, da muss ich schon noch etwas dazu sagen, vieles war ja richtig was Susanne gesagt hat, aber Fakt ist, dass wir trotz all diese Mindereinnahmen 25% mehr Einnahmen haben als vor 10 Jahren. 2010 haben wir den Steuersatz um 4% Punkte gesenkt, mittlerweile wurde dieser wieder auf 102% angehoben. Im März kommt der Massnahmenplan in den Kantonsrat, dann dürften es wieder 104% werden... **Jaggi**, gut, dies war ja nur die Einleitung, aber den Finanzen geht es immer noch schlecht, diesbezüglich ist man sich wohl einig. Aber jetzt kommt die SVP und will in einer solchen Zeit noch die Steuern senken. Gibt es noch einen falscheren Zeitpunkt? **Imark**, das ist eine gute und berechtigte Frage. Ich bin ganz ehrlich, als wir die Initiative lancierten, stand der Kanton Solothurn finanziell anders da. Aber für die SVP steht nicht im Vordergrund, ob jetzt im Moment die Finanzen gut oder schlecht sind, sondern für uns ist wichtig....**Schaffner**, also ich will hier unterbrechen. Wir wissen alle seit dem Jahr 2007 dass wir heute Defizite schreiben werden. Diese Mehrausgaben waren schon lange bekannt und wirken sich jetzt aus. Zum Zeitpunkt, als die SVP Unterschriften gesammelt hat, war bekannt dass wir heute Defizite haben werden. **Imark**, jetzt kann ich fertig reden. Es soll ja eben am 9. Februar zu einem Grundsatz- und Richtungsentscheid kommen. Bei all den erwähnten Mehrausnahmen, die Susanne erwähnt hat,

war die SVP ohnehin fast immer dagegen. Zwar sind wir meistens unterlegen, sowohl im Kantonsrat als auch an der Urne. **Schaffner**, der Kanton kann genau noch 30% seiner Ausgaben beeinflussen. **Imark**, am 9. Februar kann das Volk darüber entscheiden ob es einen schlanken Staat, und damit verbunden weniger Steuern zahlen will, oder will es einen aufgeblasene Staat, grosse Umverteilungen vorantreiben und mehr Steuern zahlen. Dank der SVP kann jetzt das Volk über diese Frage entscheiden. **Jaggi**, reden wir über die Ziele der Initiative. Sie will abgestufte Steuerrabatte gewähren, wie ist die SVP gerade auf diese Abstufung gekommen? **Imark**, es ist einfach einen Rabatt, es könnten auch 11% sein. Aber das ist nicht die zentrale Frage, denn es geht um einen Richtungsentscheid. Die SVP will den Steuerzahler im Kanton Solothurn entlasten. **Jaggi**, Susanne Schaffner, die tieferen Einkommen sollen doch mit der Initiative auch entlastet werden, also sozial? **Schaffner**, es handelt sich tatsächlich um einen Rabatt, um ein Lockvogelangebot und dabei wissen wir alle, dass hinter einem Rabatt immer auch einen Preis steht, der meistens höher ist als den angepriesenen. Diesen effektiven Preis hat dann wiederum die Bevölkerung zu zahlen. Man muss die Initiative schon richtig anschauen, der Rabatt soll nicht etwa beim steuerbaren Einkommen, sondern am Steuerbetrag gewährt werden. Wer ein tiefes Einkommen hat, zahlt einen tieferen Steuerbetrag, wenn mehr verdient einen höheren. Dies ergibt natürlich für ein hohes Einkommen und 10% Rabatt die viel grössere Entlastung als bei einem kleinen Einkommen mit 15% Rabatt. Also auch diese Initiative entlastet einmal mehr die hohen Einkommen und ist alles andere als sozial. **Imark**, doch, doch, die Initiative ist sehr sozial und ich bin gerade deshalb froh, dass ich diese hier bei den Genossinnen und Genossen vorstellen darf, denn es ist eine Tatsache dass es bis 75'000 Franken steuerbares Einkommen 15% Rabatt geben soll. Höhere Einkommen bekommen anteilmässig weniger Rabatt, aber dass dies in Franken dann auch eine höhere Entlastung mit sich bringt, ist klar. **Schaffner**, man kann es auch so sagen, 91% unserer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben ein steuerbares Einkommen unter Fr. 100'000.- und 9% ein höheres. Diese 9% zahlen jedoch 40% der Steuern. Also kommen über 30 Millionen Franken des geplanten Rabatts den hohen Einkommen zugute. Wo hier ein sozialer Gedanke sein soll, sehe ich nicht. **Jaggi**, also, dann rechnen wir mal: ich bin verheiratet, habe zwei Kinder, 1 Einkommen (kein Anwalts- sondern ein Journalisteneinkommen), mit welcher Entlastung kann ich rechnen? Macht dies monatlich ein Kaffee aus, oder kann ich damit einen neuen Fernseher kaufen? **Imark**, jetzt müssen sie mir zuerst sagen wie hoch ihr steuerbares Einkommen ist? **Jaggi**, sicher unter 75'000.- **Imark**, in diesem Fall 15%. **Schaffner**, also bis 100'000.- macht dies ca. 1'000.- pro Jahr, bei 50'000 ca. 500.-. Christian, ich bin aber der Meinung du solltest wissen wie sich dies in Zahlen auswirkt, wenn ihr schon eine Initiative dazu lanciert. Und 15% von keinem steuerbaren Einkommen ergibt ja auch nichts. **Imark**, das ist so und Geld zurück gibt es natürlich keines. **Schaffner**, der entscheidende Punkt ist, was man dafür bezahlen muss, für dass viele Leute nichts von der Initiative haben oder anders gesagt vom Rabatt rein gar nichts profitieren können. **Jaggi**, Susanne Schaffner, ein Kritikpunkt ist ja auch, dass die Initiative zu mehr Bürokratie führt, warum eigentlich? **Schaffner**, es ist ein neues System wenn man zuerst Steuern verlangt und dann auf den Steuerbetrag einen Rabatt gewährt. Die ist ein zusätzlicher Schritt und zudem sehen die Bürgerinnen und Bürger nicht auf den ersten Blick in welcher Grösse sie davon profitieren sollten oder wie hoch ihre

Steuerrechnung ausfallen wird. Auch wird sich dadurch die Progression verändern, so dass mittlere Einkommen mehr zahlen müssten. Die ist sehr unübersichtlich und undurchsichtig. Wenn ich heute die Menschen auf der Strasse höre, wissen diese nicht auf wessen Betrag sie einen Rabatt erhalten sollen. Also, die ganze Übung gäbe nebst massiven Mindereinnahmen und Leistungsabbau auch einen gewaltigen zusätzlichen Verwaltungsaufwand. **Jaggi**, Herr Imark, die SVP fördert also die Bürokratie. **Imark**, ich zitiere den Initiativtext (...), also so kompliziert ist dies nun auch wider nicht. (es entsteht ein Diskussion auf wessen Betrag der Rabatt gewährt werden soll, Imark ist unsicher und weiss es nicht genau). Die Initiative ist ja nur ein Vorschlag und der Kantonsrat kann dies genau ausformulieren. **Jaggi**, im Falle einer Annahme der



Initiative kann man ja gespannt sein was der Kantonsrat daraus machen würde. Sprechen wir über die Auswirkungen der Initiative. Die SVP spricht davon, dass massenhaft gute Steuerzahler in den Kanton ziehen. Christian Imark, wie viele Menschen werden in den Kanton Solothurn ziehen? **Imark**, es geht um einen Richtungsentscheid und der Rabatt würde erst 2017 wirksam werden. Damit geben wir den Einwohnerinnen und Einwohner ein Signal, dass es sich wieder lohnt im Kanton zu bleiben und allfälligen Interessenten hierher zu ziehen. **Jaggi**, Frau Schaffner, kommen deshalb zusätzliche Menschen in den Kanton Solothurn? **Schaffner**, diesen Beweis müssen wir ja nicht mehr erbringen. Alle vergangenen Steuersenkungen wurden mehrheitlich befürwortet, weil diese angeblich durch Zuzüger neues Steuersubstrat hätten generieren sollen. Was ist passiert, gar nichts, die Einnahmen sind nicht gestiegen. Steuersenkungen führen einfach nicht zu

Mehreinnahmen. Die Kantone Luzern und St. Gallen habe die Steuern ebenfalls massiv gesenkt, und was ist passiert? schmerzliche Sparprogramm, Leistungsabbau und wiederum Steuererhöhungen. **Imark**, diese Frage ist nicht relevant, uns ist es egal ob mehr Menschen in den Kanton kommen, wir wollen das Ausgabenwachstum bremsen und dahingehend Druck auf die Politik ausüben. **Jaggi**, also der SVP geht es nicht darum mehr Steuereinnahmen zu generieren, sondern das Loch noch grösser zu machen, damit der Spardruck noch grösser wird? **Imark**, jetzt kommt das Massnahmenpaket, die Regierung sagt, dass damit der Haushalt 2017 wieder in Ordnung sei. Erst dann würde unsere Initiative wirksam und weitere Sparmassnahmen könnten vorangetrieben werden. **Schaffner**, heute haben wir ein strukturelles Defizit von 150 Mi-

o. Franken; wir sind schon am zweiten Massnahmenpaket und da sieht man, dass man nicht nur sparen, sondern auch Einnahmen generieren muss. Zudem wird es auch nach 2017 ein Defizit geben. **Imark**, da muss ich korrigieren, das Defizit beträgt nicht 150 Mio. Franken, sondern gemäss Kantonsratsbeschluss 112 Mio., zählt man noch die .20 Mio Mindereinnahmen der Nationalbank dazu, ergibt auch dies noch nicht 150 Mio. Franken. Aber da muss ich schon sagen, wenn die Bevölkerung am 9. Februar nein zu unserer Initiative sagt, dann werden die Steuern massiv erhöht, die Personalsteuer wird erhöht, die Gebühren, die Katasterberechnungen verändert usw. Es braucht diesen Druck. **Jaggi**, was passiert wenn die Initiative angenommen wird, dann fehlen in der Staatskasse weitere 75 Mio. Franken, wo will die SVP, zusätzlich zum Massnahmenpaket, dies konkret einsparen? **Imark**, wirksam würde sie 2017, dann ist auch der Massnahmenplan umgesetzt und der Haushalt ausgeglichen... **Schaffner**, wenn dem so wäre, wäre der Kanton Solothurn zu dieser Zeit ein herunter gesparter Kanton! Solothurn hat im Vergleich zu anderen Kantonen, schon heute eine sehr schlanke Verwaltung. Gemäss einer Statistik des Tagesanzeigers ist Solothurn einer der sparsamsten Kantone und hat im Vergleich pro Einwohner sehr tiefe Ausgaben. Ausser man macht es so, wie die SVP in den Leserbriefspalten wo gefordert wird, dem Kanton das Geld zu entziehen. Es sieht danach aus, dass ihr einfach Leistungen streichen wollt. Ich frage mich wo wollt ihr diese Leistungen streichen? Bei der öffentlichen Sicherheit, in der Bildung, bei den Infrastrukturen, in der Gesundheit? Als Kantonsratspräsidentin habe von der SVP das Parteiprogramm erhalten. Dies



konnte ich jetzt gebrauchen und habe es angeschaut. Ich habe aber festgestellt, dass genau diese Bereiche auch für euch wichtig sind. Wie wollt ihr dies bezahlen? **Imark**, die Aussage mit der schlanken Verwaltung ist eine Vermischung von Äpfel mit Birnen. Wenn man natürlich den zentralistisch verwalteten Kanton Baselland als Vergleich hinzu zieht, die Gemeinden nichts mehr zu sagen haben, stimmt das, aber der Kanton mit seinem föderalistischem System und die Gemeinden eine hohe Autonomie geniessen – das kostet Geld. **Schaffner**, ich dachte mir ihr wollt die Gemeinden nicht zusätzlich belasten, dabei hast du eben gerade dies gesagt. Mit eurer Initiative werden die Ge-

meinden eben gerade mehr belastet. Wenn dem Kanton das Geld fehlt, dass müssen eben die Gemeinden zahlen und das will doch wohl niemand, oder? **Imark**, es ist doch nicht die Aufgabe der SVP zu sagen wo man sparen muss. Fragen sie den heute anwesenden alt ehrwürdigen alt Kantonsrat Georg Hasenfratz. Er hat sich immer gegen die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (woV) gewehrt und er hat recht gehabt. **Schaffner**, das ist jetzt ein Ablenkungsmanöver, es geht darum dass man auf Aufgaben verzichten muss, woV hin oder her, daher wäre es interessant zu erfahren auf welche Leistungsfelder die SVP verzichten möchte. **Imark**, ich habe einen ganzen Katalog von Massnahmen aufgelistet. Nur schon unsere Kürzungsanträge bei den Globalbudgets hätten einen Spareffekt von 25 Mio. Franken bewirkt. **Jaggi**, für alle die nicht dabei waren, bitte nennen sie zwei Beispiele. **Imark**, nochmals: unsere Kürzungsanträge zu den GB sind abgelehnt worden. Unseren Sparauftrag zur Bürokratiereduktion bei der Bildung wurde angenommen. Wir haben gesagt dass man in der Fachhochschule sparen muss. Dann wollen wir bei der Pflegeheimplanung nur eine moderate Erhöhung der Anzahl Betten, wurde auch abgelehnt. **Jaggi**, das gibt aber noch lange nicht 75 Mio. Franken.... **Imark**, die SVP war gegen den Neubau des Bürgerspitals, da hätte man auch sparen können. Aber das Volk hat dem Kredit zugestimmt. Und beim öffentlichen Verkehr möchten wir die Ausgaben auch nicht jedes Jahr um 10% erhöhen... **Schaffner**, Christian, du hast jetzt einige kleine Bereiche genannt die alle im Massnahmenplan enthalten sind, aber die umstrittenen Posten willst du nicht nennen. Falls dieser umgesetzt wird und der Kanton ein ausgeglichenes Budget ausweist, soll dem Kanton nochmals 75 Mio. Franken weggenommen werden, das geht so nicht. Mit dem Slogan „mehr Geld für deine Liebsten“ wollt ihr allen Menschen mehr Geld geben, das stimmt nicht! Im Falle einer Annahme der Initiative werden Leistungen gestrichen und genau die Leute mit tieferen Einkommen, die ohnehin wenig oder keine Steuern zahlen und keinen Nutzen haben werden, müssen infolge Leistungskürzungen die Zeche zahlen. Was wird die Folge sein? Der Kanton muss die Steuern erhöhen, damit er den Rabatt finanzieren kann, das ist doch absurd. Wie ich eben gehört habe, findet auch die SVP nichts, das sie den Bürgerinnen und Bürgerinnen wegnehmen will und dabei niemandem auf die Füsse treten. **Imark**, kehren wir den Spiess doch einmal um, haben wir heute mit über 600 Mio. Franken Mehrausgaben als vor 10 Jahren, einen so viel besseren Staat? Sind die Kinder gescheiter worden als vor 10 Jahren? Wurde das Sozialsystem derart verbessert? **Schaffner**, ich möchte nicht noch einmal von vorne beginnen, aber nochmals kurz zur Erinnerung; 1/3 aller Kosten sind nicht beeinflussbar, viele Kosten sind für alle Kantone dazu gekommen, dann fallen die Gelder der Nationalbank weg, mit denen der Kanton Solothurn die Defizite gedeckt hat und konjunkturell bedingt, fallen Mindereinnahmen bei den Steuern ins Gewicht. **Jaggi**, zum Schluss noch. So wie die SVP immer moniert, man müsse die Steuern senken, sagt die SP dauernd, man müsse sie erhöhen. Susanne Schaffner, was muss in der Welt passieren, dass sich auch die SP einmal für eine Steuer-senkung einsetzt? **Schaffner**, das stimmt so nicht, auch die SP setzt sich für Entlastungen bei den Steuern ein. Nämlich bei den tiefen Einkommen, denn diese sind im Kanton Solothurn überdurchschnittlich hoch. Dazu gekommen ist es weil man ständig die obersten Einkommen entlastet hat, getroffen hat's aber die untersten Schichten. **Jaggi**, und was muss passieren dass auch die SVP sich für eine Steuererhöhung einsetzt? **Imark**, das wird wahrscheinlich nie pas-

sieren. Wenn man die Globalbudgetreserven anschaut, die 15 Mio. Franken betragen, dass gibt es noch viel Sparpotenzial in diesem Kanton...

**Marco Jaggi** dankt Schaffner und Imark, beendet die Diskussion und gibt das Mikrofon für die Delegierten frei. Applaus.

## Diskussion

**Robert Rohrbach, Lüsslingen-Nennigkofen:** für mich ist nicht klar welche Auswirkungen die Initiative auf die Gemeinde haben wird. Es besteht die Gefahr dass viele Gemeinden auch deswegen die Steuern erhöhen müssten. Es ist sehr wohl ein Unterschied ob der Rabatt auf dem steuerbaren Einkommen oder auf dem Steuerbetrag gewährt werden soll. **Christian Imark**, die Initiative wird keine Auswirkungen auf die Gemeinden haben, dies schreibt auch die Regierung in ihrer Antwort. **Susanne Schaffner**, es ist richtig, dass der Rabatt bei den Gemeindesteuern nicht gilt, aber wenn der Kanton weniger Geld hat, wirkt sich dies immer auf die Gemeinden aus. Ihr wisst alle, dass die Vorlage für den neuen Finanzausgleich, die Gemeinden mit 15 Mio. Franke noch mehr entlasten will. Auch dies wäre nach Annahme der Initiative wohl nicht mehr möglich. Die Sanierung der Pensionskasse wäre gefährdet und zudem wäre der Verteilschlüssel bei den Sozialkosten zwischen Gemeinden und Kanton ebenfalls gefährdet.

**Patrick Marti, Zuchwil:** Es wird genau das gleiche passieren wie auf Bundesebene. Der Bund hat die Steuern gesenkt und die Kosten auf die Kantone abgelastet. Der Kanton Solothurn käme gar nicht darum herum die Kosten auf die Gemeinden zu überwälzen. Was ist passiert? auch im Kanton Solothurn haben sich durch die tiefen Steuern Firmen angesiedelt, aber damit kamen reiche Menschen, sondern auch Arbeitnehmende, die die SVP ausschaffen will. Es soll ja auch prominente SVP-ler geben, die aus Kostengründen „günstige“ Migranten anstellen. Nun möchte die gleiche Partei mit ihrer Masseneinwanderungsinitiative mit riesiger Bürokratie dies wieder stoppen, Herr Imark, wie geht das? **Christian Imark**, es stimmt alles ein bisschen was sie gesagt haben, aber heute erhalten die ärmeren Leute nicht mehr Unterstützung als vor 10 Jahren. Wir müssen die Strukturen ändern, wir brauchen nicht teure Spezialisten, welche das (Sozial)Geld verteilen, wir sollten die Gemeinden wieder alleine machen lassen, dies wäre kostengünstiger und braucht viel weniger Personal. **Susanne Schaffner**, die Kosten im Sozialbereich sind nicht infolge der Professionalisierung gestiegen, sondern weil der Bund die Kosten bei der ALV und IV an die Kantone und die Gemeinden abdelegiert hat. Und es sind die Unternehmen die infolge schlechter Wirtschaftslage die Menschen entlassen, so nach dem Spiel „die Gewinne dem Privaten, die Kosten für den Staat“. Es ist richtig dass für den Einzelnen nicht mehr übrig bleibt, aber der Grund liegt darin, dass sich die Zeiten verändert haben.

**Evelyn Gmurczyk, Solothurn:** ganz kurz, was ist das schlimme am Steuern zahlen? **Christian Imark:** das schlimme daran ist, dass es immer mehr braucht und dies dafür, dass nichts besser geworden ist als vor 10 Jahren.

**Edwin Loncar, Obergösgen:** Christian Imark, sie haben gesagt die Initiative sei eine soziale Initiative. Das stimmt doch nicht, denn der Leistungsabbau bei Menschen mit tiefen Einkommen wird die Folge sein. Aber es gibt dennoch ein Szenario, das eure Initiative zu einem sozialen Projekt machen könnte. Eure Meinung ist die, dass sich die Ausgaben eurer Initiative anpassen müssen, d.h. wenn die Einnahmen durch Steuersenkungen tiefer werden, auch die Ausgaben gesenkt werden müsse. Jetzt aber gehen wir mal davon aus sich der Kanton dafür ausspricht, dass so viel Steuern eingenommen werden soll, wie ihr in eurer Initiative ausgeht. Dann hätte man ja wirklich die untersten Einkommen entlastet, mit 15% Rabatt. **Marco Jaggi**, also die Steuern erhöhen, damit der Rabatt bezahlt werden kann? **Christian Imark**, das bringt ja nichts – aber man könnte auch einfach den Steuersatz um 10% senken und dank der Progression wären damit auch untersten Einkommen entlastet.

Bei der Prognose für das Abstimmungsergebnis glaubt Imark, dass es möglich ist zu gewinnen, wenn man der Bevölkerung klar machen kann wie es dem Kanton finanziell tatsächlich und dass die Politik eben zum sparen gezwungen werden muss. Schaffner prognostiziert 30% Ja-Stimmen.

Keine Wortmeldungen mehr.

Applaus

Franziska Roth bedankt sich bei Susanne Schaffner und Christian Imark, sowie bei Moderator Marco Jaggi für die spannende Diskussion und übergibt allen eine Flasche Wein.

**Antrag Geschäftsleitung: einstimmig Nein zur Steuerrabatt-Initiative der SVP**

**Beschluss: Die SP Delegierten beschliessen einstimmig, bei keinen Enthaltungen, die NEIN-Parole zur Rabatt-Initiative der SVP**

Applaus

## 7. **Varia**

**Franziska Roth:** bedankt sich bei alt Kantonsrat und Historiker Georg Hasenfratz ganz herzlich für seine Arbeit (Sichtung, Ordnen und Erschliessen) im Zusammenhang mit dem Archivmaterial der kantonalen Partei. Als symbolischen Dank übergab die Partei Georg bereits ein Präsent und heute noch einen guten Wein. Georg vielen Dank! Applaus.

**Georg Hasenfratz:** Liebe Genossinnen und Genossen, herzlich Dank für die netten Worte. Die Arbeit ist länger gegangen als ich vorerst gedacht habe. Aber heute haben wir ein Archiv, das diesen Namen auch verdient. Dies ist nicht nur für die Geschichtsschreibung wichtig, sondern auch für die heutige Geschäftsleitung. Jetzt kann man alle Akten innert kurzer Zeit sichten und Informationen aus der Vergangenheit holen. Diese Arbeit war für mich aber

### Kantonaler Parteitag, 16. Januar 2014

auch eine Ehrenpflicht gegenüber all jenen Menschen die in den vergangenen 100 Jahren Protokolle verfasst haben, Prospekte kreiert, Bulletin geschrieben, Strategien ausgeheckt u.s.w. All diese wichtigen politischen Kulturgüter sind jetzt für die Nachwelt erhalten und gesichert. Vielen Dank. Applaus.

**Urs Huber:** bittet alle Anwesenden um grosse Werbung für die FABI-Vorlage. Der öffentliche Verkehr sei ein Kernanliegen der SP und sichere auch Solothurn Verbesserungen. Es besteht die Möglichkeit an diversen Aktionen in Solothurn und Olten (Flyer und Schogghiverteilaktionen) mitzuhelfen.

**Guido Glutz:** erläutert aus seiner Sicht die Vor- aber auch die Nachteile der FABI- , wie auch von der Zuwanderungsvorlage.

Der Parteitag ist geschlossen

Applaus



Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 27. Januar 2014